

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 267

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behrden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Freitag, den 13. November

Ercheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Bandmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Heute die Beilage: „Herd und Scholle“.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Antwort der Reichsregierung auf die letzte Entwaffnungsnote der Pariser Votschastierkonferenz ist dem französischen Außenminister Briand durch den deutschen Votschastier überreicht worden.

* Reichspräsident von Hindenburg wurde bei seinem Besuch in Stuttgart förmlich gefeiert.

* Eine Anzahl konservativer und großindustrieller Persönlichkeiten erklärt eine öffentliche Erklärung gegen die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zu den Verhandlungen in Locarno.

* Die bayerische Regierung nimmt in einer Erklärung zu den Putzgerichten in Bayern Stellung.

Gegen Borgwirtschaft.

In den nächsten Tagen wird sich der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht von New York zur Rückkehr nach Deutschland einschiffen nach längerem Aufenthalt in Amerika und nach zahlreichen Konferenzen mit den Vertretern der amerikanischen Großfinanz. Man hat in seine Reise viel hineingeheimnist, was mit bedeutungsvollem Augenzwinkern erzählt, er wolle mit der amerikanischen Geldwelt wegen eines Weltfinanzpakt verhandeln. Das wird jetzt durch Dr. Schacht sehr energisch dementiert. Aber über etwas anderes hat er mit den amerikanischen Bankiers verhandelt, nämlich über die Durchführung des Dawes-Planes. Der Vorsitzende der Reparationskommission ist ja selbst Amerikaner und die Weltfinanz hat nicht so sehr Interesse daran, daß die deutschen Zahlungen geleistet werden, sondern weit mehr daran, wie sie geleistet werden. Also an der schwierigen Frage einer solchen Umrechnung unserer Zahlungen, daß dadurch eine Erschütterung nicht bloß der deutschen, sondern auch der ausländischen Währung jener Länder verhindert werden soll, an die wir Zahlungen zu leisten haben. Amtlich wurde deutscherseits mitgeteilt, daß Dr. Schacht über eine Änderung des Dawes-Planes nicht verhandelt habe, was von Amerika aus bestätigt wurde. Mitin sei auch keine Konferenz für solchen Zweck vorgeschlagen worden, wie französische Zeitungen wissen wollen. Vielleicht wird man das bedauern, weil die Beurteilung des Dawes-Planes und seine Durchführungsmöglichkeit wohl überall einer etwas nüchternen Beurteilung Platz gemacht hat als in seiner Jugend Märentagen.

Statt dessen hat aber Dr. Schacht bei einem Abschiedsbesuch der amerikanischen Presse auf die wirtschaftlichen und vor allem auf die kreditpolitischen Schwierigkeiten hingewiesen, in denen sich Deutschland zurzeit befindet. Flüssige Guthaben sind nicht mehr in unserem Besitz, unser einziges Kapital ist unsere Arbeitskraft als Grundlage für den Kredit, den wir vom Ausland erbitten müssen. Irgendeine Gefahr für die deutsche Währung bestehe nicht, namentlich infolge der starken Stellung, die die Deutsche Reichsbank über die ganze Kreditpolitik besitzt. Bekanntlich hat Dr. Schacht — und darauf wies er auch in diesen Ausführungen hin — sich sehr scharf gegen die Borgwirtschaft von Ländern und namentlich von Gemeinden ausgesprochen. Während er hinsichtlich der Kreditpolitik der deutschen Landwirtschaft und Industrie gegenüber ausländischen Geldgebern von einer Kontrolle nichts wissen will, hat er noch vor seiner Abreise nach Amerika schärfste Kreditzurückhaltung den Anleiheberufen der Gemeinden gegenüber angedeutet, wie ja auch das Reichsfinanzministerium den zahlreichen Versuchen, die Genehmigung von Anleihen zu erhalten, in scharfer Form entgegengetreten ist.

Wenige Tage vor seinem Rücktritt hatte übrigens der Reichsfinanzminister von Schieffelin die Vertreter der deutschen Kommunen und der Kommunalverbände gerade für den Zweck zusammengerufen, um ihnen klarzumachen, daß die bisherige Borgwirtschaft nicht mehr so weiter gehe. Das Wort von den in das Straßenpflaster gesteckten Millionenanleihen ist ja schon bekanntgeworden. Seit einiger Zeit sind diese Kommunalanleihen genehmigungspflichtig durch eine besondere Aufsichtsstelle, die sich gegenüber den Wünschen der Kommunen sehr hartnäckig erweist, weil das Reichsfinanzministerium in einem Rundschreiben feststellen mußte, daß die Anleihegesuche der Gemeinden zwei Voraussetzungen zur Genehmigung allzu oft vermissen lassen: die Sicherheit, daß das angenommene Geld zu einem bestimmten Zweck verwendet wird, und die Notwendigkeit, und zwar der dringenden Notwendigkeit. Dabei entwickeln manche Kommunen über den Begriff der Rentabilität jener Betriebe, in die Anleihegelder hineingesteckt oder die durch sie erst neu gegründet werden sollen, überaus merkwürdige Ansichten. Häufig erzielt man diese Rentabilität nur durch steuerliche oder wirtschaftliche Bevorzugungen, wobei der Monopolcharakter des Betriebes die einzige Stütze der Rentabilität ist, die damit auf Kosten der Steuerzahler erzwungen wird. Es ist eben manchen Kommunen immer noch nicht klar, daß man ein Defizit der laufenden Einnahmen nicht einfach durch eine Anleihe decken darf.

Übermäßige Kreditanspruchnahme für öffentliche Zwecke bedeutet eine große Gefahr für die Kreditbedürfnisse der Privatwirtschaft, weil einmal die Kreditbedürfnisse im allgemeinen vergrößert, die Bedingungen verschärft werden, und zum anderen der überhaupt in weit geringerem Maße zur Verfügung stehende, gerade aber unserer Wirtschaft besonders notwendige langfristige Kredit überlastet wird. Auch jetzt wieder unterstreicht Dr. Schacht, daß derartige Anleihen durch Länder und Gemeinden selbstverständlich nur für produktive, aber auch nur für wichtigste Zwecke aufgenommen werden sollen.

Deutsche Antwort an die Alliierten.

Erwiderung auf die Entwaffnungsnote

Berlin, 11. November.

Die deutsche Antwort auf die letzte Entwaffnungsnote der Votschastierkonferenz wurde telegraphisch nach Paris mitgeteilt und vom deutschen Votschastier von Goesch an den Außenminister Briand überreicht. Die Veröffentlichung des Notenwechsels soll nicht erfolgen, ehe nicht die Verhandlungen vollständig abgeschlossen sind. Die gestern versammelt gewesenen deutschen Länderminister stimmten vollständig überein mit der Auffassung der Reichsregierung. Die Erklärungen der Alliierten über die angeblich unmittelbar bevorstehenden Rückwirkungen resp. Erleichterungen des Besatzungsregimes sollen alsbald zu erwarten sein. Voraussetzungen dürfen sie in der Form erfolgen, daß die Votschastier im Auftrage ihrer Regierungen bei der Reichsregierung einen Schritt unternehmen, durch den die Mitteilung über die Rückwirkungen offiziell erfolgt. In unterrichteten Kreisen wird dieser Besuch als wahrscheinlich für Donnerstag erwartet. Reichskanzler Dr. Luther wird heute abend eine politische Rede vor den versammelten Berliner Industriellen und Kaufleuten halten.

Die Londoner „Westminster Gazette“ teilt mit, daß sofort nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages das Rheinlandabkommen wieder in Kraft gesetzt und die Besetzung wieder einen rein militärischen Charakter erhalten würde. Über 300 Berordnungen der Besatzungsbehörden sollen aufgehoben sowie eine vollständige Amnestie gewährt und der ungehörte Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wiederhergestellt werden.

Aus dem Inhalt der Antwort.

Da der Text der deutschen Antwort nicht veröffentlicht ist, bleibt man vorläufig auf laut werdende Angaben angewiesen, die keinen Anspruch auf unbedingte Richtigkeit haben. Es soll in dem deutschen Schriftstück zur Frage der Schutzpolizei der Vorschlag gemacht worden sein, für die deutschen Großstädte die polizeiliche Kasernierung beizubehalten. Um den von den Alliierten behaupteten Militärcharakter der Polizei zu beseitigen, werde die Umbenennung verschiedener Dienstgrade sowie eine Umformung der Exzerziten zugestanden. Der von den Alliierten geforderten Neuordnung der Befugnisse des Generals von Seckert soll man dadurch entsprechen wollen, daß man die Stelle des Chefs der Heeresleitung aufhebt. Dafür würde der dienstälteste Offizier in der Reichswehr gewisse größere Befugnisse erhalten. Im übrigen haben über die von der Votschastierkonferenz zur Erörterung gestellten drei Hauptpunkte sehr eingehende Beratungen mit den alliierten Vertretern in Berlin stattgefunden, so daß man annehmen kann, daß der deutschen Antwort nur noch formale Bedeutung zukomme.

Der Unterzeichnungstag.

Nach den Verabredungen in Locarno soll die feierliche Unterzeichnung der Verträge am 1. Dezember in London stattfinden. Am Abend sind die zur Unterzeichnung nach London gekommenen Minister sowie ihre Gattinnen, die ausdrücklichen Einladungen erhalten sollen, gemeinsam mit dem englischen Kabinett und den Londoner Votschastier der Großmächte Gäste des Königs in das Buckinghampalast. Dieses Diner, an dem fünfzig Personen teilnehmen werden, wird mit dem großen äußeren Gepränge

Dem Ausland braucht um das Geld, das es uns geliehen hat, nicht bange zu sein; denn deutscher Unternehmungs- und Erfindungsgeist sind nicht erloschen. Vor allem aber haben wir den Mut nicht verloren. So schloß Dr. Schacht seine Ausführungen, und die deutsche Wirtschaft wird dafür sorgen, daß er recht behält.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Der polnische Delegierte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, v. Pradzynski, hat dem deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär z. D. Lewald, die deutsche Überlegung der neuen polnischen Zolltarifverordnung vom 30. Oktober d. J. überreicht. In der anschließenden Besprechung wurde, einer polnischen Anregung entsprechend, für Ende der Woche eine weitere Zusammenkunft in Aussicht genommen, in der das Programm für die weiteren Verhandlungen vereinbart werden soll.

Deutschland und der Krakauer Prozeß.

Das Auswärtige Amt hat der polnischen Gesandtschaft in Berlin eine beglaubigte Abschrift der Akten über den ukrainischen Studenten Oljancki überandt, der sich seinerzeit vor dem Amtsgericht in Beuthen als Urheber des auf den polnischen Staatspräsidenten in Lemberg im September v. J. verübten Attentats bezeichnet hatte. Die polnische Gesandtschaft hatte in einer Verbalnote um Einsichtnahme in diese Akten gebeten. Gegenwärtig wird in Warschau gegen den Studenten Steiger als angeblichen Attentäter verhandelt.

Verhaftete Geheimbündler.

Durch Beamte der Landeskriminalpolizeistelle Königsberg unter Leitung des Polizeipräsidenten als Leiter der

eines sogenannten Staatsbanketts ausgestattet werden. Wie gemeldet wird, kommt Mussolini bestimmt nach London, um an der Unterzeichnung teilzunehmen.

Im Anschluß an das Diner beim englischen Königs-paar findet im Buckinghampalast ein für annähernd tausend Personen berechneter Empfang des diplomatischen Korps und der Hofgesellschaft zu Ehren der ausländischen Gäste statt. Am 2. Dezember sind die Unterzeichner des Paktes bei einem Frühstück Ehrengäste der City und abends gibt die englische Regierung im Lancasterhaus ein Diner und einen großen Empfang zu Ehren der englischen Gäste.

Erklärung zu Locarno.

Berlin, 11. November.

Zur Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu den Verhandlungen der Reichsregierung wegen des Vertrages von Locarno erlassen eine Anzahl hauptsächlich aus altkonservativen und großindustriellen Kreisen stammender Männer eine Erklärung, in der es heißt:

Wir sehen in dem Bestreben der deutschen Reichsregierung den Versuch, das Zusammenwachsen Deutschlands mit den anderen europäischen Mächten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sicherzustellen. Wir erachten es mit der Reichsregierung als selbstverständlich, daß ein wirklich dauernder Friedenszustand sich auswirken muß in friedlichen Verhältnissen im Rheinland und in einer Änderung des dortigen Regimes, in einem Aufheben jener Zustände, die den Begriff der persönlichen Freiheit im Rheinland illusorisch gemacht haben. Die Reichsregierung hat eine Entscheidung der Parteien bis zur Stunde nicht gefordert. Sie hat selbst darauf hingewiesen, daß sie diese Entscheidung erst treffen könne, wenn sie in der Lage sei, die Rückwirkungen auf das Rheinland zu überblicken. Gegenüber dieser Klarstellung ist es uns unverständlich, daß die Deutschnationale Volkspartei, ehe der gesamte Tatbestand überhaupt zur Beurteilung reif ist, gegen Locarno Stellung genommen hat und aus dem Kabinett ausgeschieden ist. Dieses Ausscheiden einer großen Partei, hinter der viele Millionen deutscher Wähler stehen, ist angetan, uns außenpolitisch schwer zu schädigen und innerpolitisch eine Bewegung anzubahnen, die nicht im Sinne staatsrechtlicher Parteien liegen kann. Wir halten uns daher für verpflichtet, vor der deutschen Öffentlichkeit zu erklären, daß es die Pflicht aller staatsrechtlich denkenden Kräfte in Deutschland ist, die Regierung bei ihrem schweren Werk zu unterstützen, und wir fordern alle unabhängigen Persönlichkeiten auf, unbefangenen ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei, dies zu tun und nicht an die Stelle der Führung des Reiches durch Persönlichkeiten Mehrheitsbefehle von Parteiführern zu stellen. Wir halten uns vor dem Vaterland für verpflichtet, diese unsere Anschauung durch unsere Unterschrift zu bekräftigen.

Die Erklärung ist aus Berlin, 10. November datiert und unterschrieben von: Dr. G. Auffschlager, Hamburg, Werner von Alvensleben, Berlin, Graf Klaus Bismarck, Barzin, Freiherr von Gramm-Brüggen, Hannover, Graf Ernst Graf-Hohenholz, Fürst zu Fürstenberg, Donau-eschingen, Graf Gehler-Schöffschütz, Graf Wilhelm Gehler, Karl Daniel, Düsseldorf, Vorsitzender des A. N. der Gute-Hoffnungs-Hütte, Christian Krafft Fürst zu Hohenlohe, v. Laffert-Carlitz, Graf M. Lehnhorst, Prenz, S. v. Radowitz, Klein-Jungersheim, Hugo Freiherr von Reichach, Wirtl. Geh. Rat, Berlin, Kommerzienrat Dr. Paul Reusch, Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte, Rudolf Graf Sprei, Berlin, Raban v. Tiele-Windler, Lebbin, Wirtl. Geh. Rat v. Valentini, Hameln, E. Wengel, Teut-schenhal, Graf Lubbert v. Westphalen, Berlin, v. Zige-witz, Weedern.

Landeskriminalpolizeistelle sind, nach einer offiziellen Mitteilung, auf zwei großen Gütern im Bezirk Altenstein untergebrachte Leute unter dem Verdacht der Geheimbündel festgenommen worden. Es handelt sich um 20 Personen, von denen zwei als Führer und Organisatoren tätig waren. Die Verhafteten stammen aus Pommern, Mecklenburg, Hamburg, Bayern und Oberschlesien. Die Verhafteten sind militärisch gekleidet, waren im Besitz von Waffen und haben mit diesen Waffen auch Übungen veranstaltet. Gewehre, Munition und anderes Material ist beschlagnahmt worden. Die Verhafteten sind zur weiteren Untersuchung nach Königsberg gebracht worden.

Aus In- und Ausland.

Wien. Die Regierung hat den Entwurf eines Arbeiterversicherungsgesetzes eingebracht, der die Krankenversicherung, Unfall- und Arbeitslosenversicherung der Arbeiter regelt und die Invalidenversicherung der Arbeiter neu einführt.

Budapest. Der Finanzminister hat die Zuckerrübensteuer von 3 auf 2 %, den Satz der allgemeinen Umsatzsteuer, herabgesetzt. Die Herabsetzung tritt bereits in der Kampagne 1925/26 nach der Parlamentsgenehmigung in Kraft.

Lissabon. Keine Nachrichten aus Portugal herausgelassen werden, wird vermutet, daß infolge der Wahlen Unruhen ausgebrochen sind. Auch die Madrider portugiesische Gesandtschaft ist ohne jede Nachricht.

Preussischer Landtag.

95. Sitzung.)

tt. Berlin, 11. November.

Das Haus nahm einen sozialdemokratischen Antrag in zweiter und dritter Lesung an, wonach im Pressegesetz von 1851 die Paragraphen gestrichen werden sollen, die die polizeiliche Genehmigung für öffentliche Ansätze, Plakate usw. vorschreiben.

Bei der zweiten Beratung des Haushalts der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), die durch eine Besprechung des Verichts des Varnat-Untersuchungsausschusses einleitet wird, auna Finanzminister Dr. Söptler-Aischoff

auf die hierzu eingebrachten Großen Anträgen ein, soweit die erforderliche Rücksicht auf die schwebenden strafrechtlichen und disziplinarischen Untersuchungen dies zuließe. Abgesehen von der historischen Feststellung, daß die bedauerlichen Vorkommnisse bei der Staatsbank in die Inflationsperiode fielen, die die Führung der Geschäfte überall erschwert habe, hätten gewisse persönliche Unzulänglichkeiten eine Rolle gespielt. Inzwischen habe die Staatsbank für die Abstellung der Mängel derartige Vorstände vorgeben.

Im Anschluß daran entwickelt sich wiederum eine Debatte über die Affäre Barnat.

Das Haus nahm darauf die Abstimmung zum Finanzausgleich vor. Die Vorlage wird in der Sitzung der zweiten Lesung auch in der dritten Lesung bestätigt. Das Haus verlagte sich darauf.

Hindenburgs Besuch in Stuttgart.

Begeisterter Empfang durch die Bevölkerung.

Reichspräsident v. Hindenburg ist Mittwoch vormittag mit dem Berliner Schnellzuge zum Besuch der württembergischen Regierung in Stuttgart eingetroffen. Zu seinem Empfang hatten sich auf dem mit Fahnen reich geschmückten Bahnsteig neben Staatspräsident Bazille zahlreiche führende Persönlichkeiten Württembergs eingefunden. Als der Reichspräsident, der sich in Begleitung des württembergischen Gesandten in Berlin, Bösler, sowie des Staatssekretärs Dr. Meißner und des Majors von Hindenburg befand, dem Salonwagen entstieg, wurde er vom Staatspräsidenten Bazille auf das herzlichste begrüßt, worauf der Reichspräsident auch den übrigen zum Empfang erschienenen Herren die Hand drückte. Beim Verlassen des Bahnhofes ertönten von den benachbarten Bahnhöfen stürmische Schüsse.

Der Reichspräsident schritt dann unter den Klängen des Deutschlandliedes die inmitten des Bahnhofsvorplatzes aufgestellte Ehrenkompagnie des Reichswehreinfanterieregimentes 13 ab, auf deren linkem Flügel die Generalität der alten Armee Aufstellung genommen hatte. Während sich der Reichspräsident mit diesen Herren unterhielt, stellte sich die Ehrenkompagnie zum Paradezug auf, den der Reichspräsident, umgeben vom Staatspräsidenten, von den übrigen zum Empfang erschienen Herren und der Generalität abnahm. Dann bestieg der Reichspräsident mit dem Staatspräsidenten einen offenen Kraftwagen und fuhr unter der Eskorte einer halben Schwadron württembergischer und einer halben Schwadron bayerischer Truppen des Reiterregimentes 18 zum Residenzschloß. Fahnen wehten von den Häusern und den Flaggenmasten und eine ungeheure Menschenmenge umsäumte die Straßen und bereitete dem Reichspräsidenten auf dem ganzen Wege mit jubelnden Schreien und Huteschwenken einen begeisterten Empfang. Im weiten Vordere des Residenzschlosses hatten eine Ehrenwache der Schutzpolizei sowie die farbentragenden Studentenverbindungen mit ihren Fahnen und eine unübersehbare Menschenmenge Aufstellung genommen. Von allen Seiten mit jubelnden Hoch- und Heilrufen begrüßt, entstieg der Reichspräsident dem Kraftwagen. Unter den Klängen des Deutschlandliedes schritt er die Front der Ehrenwache ab. Entblößten Hauptes stimmte die Menge mit der Musik das Deutschlandlied an. Der Reichspräsident ging dann auch noch die Front der studentischen Korporationen entlang und dankte, wiederholt sich verneigend, für die ihm dargebrachten Huldigungen. Als dann begab sich der Reichspräsident ins Residenzschloß, wo ihm die alten Oldenburger Zimmer als Quartier eingeräumt worden sind. Von dort fuhr der Reichspräsident nach dem Staatsministerium, wo ihm die Minister, das Präsidium des Landtages, die Fraktionsführer und höhere leitende Beamte vorgestellt wurden.

„Dienende, opfernde Vaterlandsliebe.“

Trinksprüche auf einem Festfrühstück.

Bei einem Frühstück, das Staatspräsident Bazille dem Reichspräsidenten gab, wurde Hindenburg von dem Festgeber als der Mann gefeiert, in dem Deutschland seine große Vergangenheit, seine sorgvolle Gegenwart und seine Hoffnung auf die Zukunft verkörpert sieht. Er sprach den Wunsch aus, daß es dem Reichspräsidenten beschieden sein möge, in Nacht und Nebel der Gegenwart den Weg zu finden, der das deutsche Volk nach so vielen Irrungen zur Einheit und damit zum Heile führt.

Reichspräsident v. Hindenburg dankte für den herzlichen Empfang, mahnte zur Geschlossenheit in den großen lebenswichtigen Entscheidungen und führte weiter aus:

„Nicht Klassen und Stände, nicht Parteien und Gruppen in gegenseitiger Abschließung und Befehdung, sondern Gemeinheitsgefühl und der Geist

dienender und opfernder Vaterlandsliebe sind der Boden, auf dem allein wir eine bessere Zukunft aufbauen können. Der Gedanke der Zusammengehörigkeit aller Deutschen, der Wunsch nach einem einheitlichen Reich hat gerade in Württemberg von jeher feste Wurzeln gehabt. Aus der Vergangenheit darf ich die feste Gewissheit entnehmen, daß Württemberg auch in Zukunft ein Fort des Reichsgedankens sein wird, besetzt von der Überzeugung, daß nur in einem starken Reich das Schwabenland seiner geschichtlich gegebenen Eigenart leben kann.“

Der Reichspräsident erhob sodann sein Glas auf die glückliche Zukunft Württembergs.

Zu dem Besuch des Reichspräsidenten am Donnerstag in Karlsruhe hat die dortige Polizeidirektion angeordnet, daß die sparsamsten Vereine, Organisationen und Schulen nur Fahnen in den Reichs- und Landesfarben führen dürfen. Andere Fahnen und Wimpel sind verboten. Unter dieses Verbot fallen aber nicht die Fahnen der Kriegervereine und der studentischen Korporationen.

Putschgerüchte aus Bayern.

Eine amtliche Richtigstellung.

Die bayerische Regierung tritt nunmehr den Enthüllungen über einen angeblichen monarchistischen Staatsstreich durch eine amtliche Erklärung entgegen. Sie läßt durch die Korrespondenz Hoffmann folgende Meldung verbreiten:

Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit durch die Presse gegangenen Mitteilungen über einen beabsichtigten monarchistischen Putsch in Bayern wird amtlich festgestellt:

1. Nichtig ist, daß Graf von Soden vor etwa drei Wochen gelegentlich eines Besuchs beim Herrn Ministerpräsidenten diesem Kenntnis gegeben hat von der Zusammenfassung der monarchistisch gesinnten Organisationen in den Verein „Bayerntreue“ sowie von den Zielen des Vereins.

2. Unrichtig ist, daß dabei General von Moehl sich in Begleitung des Grafen von Soden befand; General von Moehl ist seit Monaten nicht beim Ministerpräsidenten gewesen.

3. Unrichtig ist, daß gelegentlich dieses Besuchs Graf von Soden an den Herrn Ministerpräsidenten die Frage gerichtet hat, wie die Regierung sich verhalten werde, wenn Kronprinz Rupprecht in naher Zeit sich veranlaßt fände, die Gewalt zu übernehmen.

4. Unrichtig ist, was teils offen, teils versteckt behauptet wurde, daß gelegentlich dieses Besuchs überhaupt davon die Rede gewesen ist, daß die Wiederaufrichtung der bayerischen Monarchie eventuell im Wege eines Putsches oder einer anderen Gewalttat erfolgen solle. Es wurde vielmehr mitgeteilt, daß auch der neue Verein ein illegales Vorgehen durchaus ablehne.

Gegenüber der Behauptung, Graf von Soden habe den General Freiherrn Kress von Kressenstein und den Polizeiobersten von Seizer aufgesucht, um beide entweder für einen Putschplan zu gewinnen oder sich zu vergewissern, wie die Reichswehr und die Schutzpolizei sich für den Fall der Übernahme der Gewalt durch den Kronprinzen Rupprecht verhalten würden, kann das Süddeutsche Korrespondenzbureau feststellen, daß auch an dieser Behauptung kein wahres Wort ist.

Revolutionäre Flugblätter.

Der Dolchstoßprozeß in München.

(18. Tag.)

§ München, 11. November.

In Fortsetzung der Beweisaufnahme im Dolchstoßprozeß wurde am Mittwoch als weiterer Zeuge Senatspräsident Josef Seiber vom Obersten Landesgericht München vernommen. Er bezeugte, daß das erste Flugblatt, das zur Einleitung eines Strafverfahrens vor dem Reichsgericht geführt habe, ein auf einer Konferenz sozialistischer Frauen Österreichs 1915 verfaßtes Flugblatt gewesen sei. Als Verfasserin komme wahrheitsgemäß Klara Zeitlin in Frage, gegen die dann auch ein Verfahren eingeleitet worden sei, das sich auch auf eine Reihe anderer Personen erstreckt habe. Die meisten Angeklagten seien jedoch darin freigesprochen worden. Die ersten Flugblätter bedenklicher Art seien 1916 aufgetaucht. Im Frühjahr 1916 seien Bettel hergestellt und ins Feld geschickt worden, in denen vom Eroberungskrieg gesprochen, auf die zahlreichen Kriegssoldaten hingewiesen, der Frieden verlangt und gesagt worden sei, es handle sich um keinen Verteidigungskrieg, sondern um kapitalistische Interessen. Das Bestreben der Linksrädler sei es immer gewesen, gewisse Ereignisse für ihre Zwecke auszubuten und sich an die große Masse zu wenden. Es war schwer nachzuweisen, daß

tatsächlich der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteile zugefügt hat. Infolgedessen sind auch alle wegen Landesverrats angeklagten Leute nur wegen versuchten Landesverrats verurteilt worden.

„Ich danke Ihnen.“

„So darf ich Sie wohl morgen abends, sagen wir gegen acht Uhr, bei mir erwarten? Sie fahren dann mit uns zusammen hinüber. Meine Damen werden sich gewiß freuen, Sie als meinen Gast begrüßen zu dürfen. Uebrigens haben Sie mir ja vor einigen Tagen durch meine Tochter einen Gruß ausgerichtet lassen, für den ich Ihnen nachträglich herzlich danke. Sie waren in der Kapelle, wie ich hörte.“

„Ja, ich gestattete meiner Neugier den kleinen Abstecher, um den Ort kennen zu lernen, der eine junge Dame allmorgendlich so früh schon aus dem Hause wandern läßt.“

„Ich vermute aber, daß der einfache, kleine Raum Ihnen Ellis Vorliebe für ihn kaum verständlich gemacht hat.“

„Allerdings nicht, Herr Kommerzienrat, und um so weniger, als Fräulein Elli mir anvertraut hat, daß sie selbst nicht weiß, was sie eigentlich dorthin zieht. Sie erklärte mir, daß ein unbestimmter innerer Zwang, den sie selbst sich nicht erklären könne, sie zu ihren morgendlichen Gängen in die Kapelle veranlasse.“

„Ganz recht; das Mädel ist auch uns ein Rätsel. Früher hat sie ja Sonntags auch stets die Kirche besucht, weil ihr das als Pflicht erschien. Nachher war sie aber in ihren Anschauungen bedeutend unabhängiger geworden, und ich kann nicht sagen, daß sie sich darin neuerdings wieder geändert hätte. Und doch jetzt dies allmorgendliche Laufen in die Messe. Wie gesagt, meine Frau und ich stehen hier vor einem Rätsel.“

„In der Tat, diese Schwärmerei des gnädigen Fräuleins für die Morgenmesse in der Kapelle ist sehr merkwürdig. Wann begann denn diese seltsame Schwärmerei?“

„Begann?“ Der Kommerzienrat dachte einen Augenblick nach und fuhr dann fort: „Von „Beginnen“ kann man eigentlich überhaupt nicht sprechen. Die Neigung war eines Tages da und beherrschte sie seitdem vollständig.“

„Und wann war das?“

„Zum Glück!“ polterte der Kommerzienrat gut-

raus verurteilt worden. Bald nach Ausbruch des Krieges machte sich innerhalb der sozialistischen Jugend eine revolutionäre Bewegung geltend. An dem Ausbruch des Januarstreiks 1918, der einen verhältnismäßig bedeutenden Umfang annahm, haben die Unabhängigen eine ziemlich große Schuld. Nach dem Streik 1918 haben die Unabhängigen die um Massenstreik aufforderten, sogar noch an Zahl zugenommen.

Als nächster Zeuge wurde der Volkskassierer Ludwig von Rudolph in Fürberg, Ritter des Militär-Max-Josef-Ordens, vernommen, der 27 Monate als Leutnant und Kompanieführer an der Front war. Der Zeuge erklärte, daß es notwendig sei, daß nicht nur Führer, sondern auch Geführte zu Worte kämen. Der Hinweis des Sachverständigen Nothmann, daß Soldaten anderer Länder genüsslicher gewesen seien als die deutschen, hätte bei ihm und vielen anderen Frontkämpfern

einen Schrei der Entrüstung

ausgelöst. Diese Auffassung beweise aufs deutlichste, wie abnützlich die Herren, die den Stäben angehörten, den wirklichen Tatsachen gegenüberstünden. Vom Jahre 1917 ab habe sich Mißtrauen und Unlust ins Meer eingeleitet. Der Eintritt Ludendorfs sei das vollkommene Eingeständnis der Niederlage gewesen. Der Zeuge erklärt, es gebe wohl keinen Feldzugsteilnehmer, der den 11. November nicht als Erlösungstag empfunden habe. Auch die Offiziere seien vollständig von dem Gedanken befreit gewesen: Heimat, Frieden! Die Frage, welchen Einfluß die Revolutionsverhandlungen auf die Wehrkraft gehabt hätten, müsse er mit den Worten „gar keinen“ beantworten.

Der Prozeß gegen die Gräfin Bothmer.

§ Berlin, 11. November.

Es wurden die beiden Richter der Gräfin ausgerufen, die 15jährige Elisor v. Bourdizinski und die 18jährige Sonni v. Bourdizinski. Erstere machte von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch, die zweite Zeugin, Sonni, planderte allerlei. Die angeklagte Gräfin fuhr eines Tages nach Berlin mit einem Koffer zu Graefst, angeblich mit Kinderwäsche für eine gräfliche Familie. Es stellte sich später heraus, daß in dem Koffer Teppiche gelegen haben. Diese Zeugin hat den Brief der angeblich sterbenden Frau im Briefkasten gefunden und sie hat auch dem Hausdiener Stangen bei seinem Besuch geöffnet. Die Zeugin erzählte manches, was für die Angeklagte unannehmlich werden konnte. So hat Frau v. Bothmer dieser Zeugin das Silber und kostbare Dedeln, alles Gräfliche, aus den Spinden genommen und versteckt. Sonni war sehr erstaunt damals, ihre Sachen auf der Kriminalpolizei wiederzufinden. Die Hausangestellte Emma Schulz, die so belastend gegen die Gräfin aussagte, befindet dem Gericht, daß sie gleich nach der ersten Hausdurchsuchung von der Angeklagten entlassen worden sei. Zeuge Schiller-Verlin bekundet, daß die Angeklagte ihm einmal Silber und anderes angeboten habe. Angeklagte v. Bothmer: Ja, ich brauchte damals Geld für einen neuen Mantel und Kleider. Das Silber war von meiner Mutter und im übrigen war mein Vater außer Generalstabsarzt im Privatberuf — Goldarbeiter. Der Staatsanwalt teilte im Laufe der Verhandlung mit, daß ihm gemeldet worden sei, daß jemand Fräulein Sonni v. Bourdizinski mit einem Koffer zum heiligen See habe gehen sehen und zwar einen Tag vor dem mysteriösen Silberfund in der Nähe des Marmorpalats. Diese Aussage soll in der nächsten Verhandlung, die am Freitag stattfindet, nachgeprüft werden.

lokales und Provinzielles.

Salver, den 13. November 1925.

□ Zu den Provinziallandtags- und Kreistagswahlen in Preußen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund eines Runderlasses des preussischen Innenministers mitteilt, erhält § 57 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunalparlamenten) und Kreistagen vom 14. Oktober d. J. hinter Satz 1 folgenden neuen Satz 2: „Durch Gemeindebeschluss oder Anordnung des Ortsvorstandes kann der Beginn der Wahlhandlung auch für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März auf 8 Uhr vormittags angesetzt werden, ohne daß sich der Endtermin (6 Uhr nachmittags) ändert.“

□ Die Zeit der Hasenjagd. Für das Hasengeschlecht ist jetzt eine schlimme Zeit. Mit Pulver und Blei stellt man dem armen Lampe nach, um ihn zur Strecke zu bringen. Von dem armen Kerl gilt das Sprüchlein: „Menschen, Hunde, Wölfe, Lische, Katzen, Marber, Wiesel, Füchse, Adler, Uhu, Raben, Krähen, jeder Schädelt, den wir sehen, Eßern auch nicht zu vergessen — Alles, alles will ihn fressen.“ — Herr Lampe hat wirklich ein schweres Dasein, und wenn er nicht so schnell laufen könnte, es gäbe wirklich bald keinen Hasenbraten mehr. Die alte Familie Hase hat sich getrennt. Der junge Nachwuchs hat sich eine eigene Familie gegründet und lebt im Felde, im Busch oder im Walde. Als Heimat des Hasen gilt neben Ungarn und den Donauländern vor allem Deutschland, und hier wieder ist er in Sachsen, Thüringen, Schlesien und Bayern am meisten verbreitet. Der Hase pflanzt sich sehr rasch for-

mäßig. „Mir scheint, ich werde hier einem Verhör unterworfen.“

Norbert Wallner lenkte sofort ein.

„Verzeihung, Herr Kommerzienrat! Ich wollte natürlich nicht aufdringlich werden. Aber so geht's, wenn man mit einem Detektiv zu tun hat. Unserem kann bekanntlich das Fragen nicht lassen. Selbstverständlich verzichte ich gern auf die Beantwortung meiner Frage. Sprechen wir wo etwas anderem.“

„Aber ganz und gar nicht, verehrter Herr Wallner“, gab der Hausherr eifrig zurück. „Bleiben wir ruhig beim Thema. Es ist durchaus kein Geheimnis oder sonst etwas dabei, was ich verschweigen müßte. Elli war im Frühjahr einige Wochen bei einer Tante, einer Schwester meines Vaters, in Köln, und ich denke mir, daß das Leben in dem streng katholischen Hause dort den Anstoß zu ihrer Gemütsänderung gegeben hat; denn gleich nachdem sie zurück war, zeigte sie diese merkwürdige Vorliebe für die Morgenmesse in der Kapelle.“

„Soja, also seit März schon!“

„Verzeihung! Sagte ich März? Dann habe ich mich versprochen. Im März war sie ja noch gar nicht fort. Erst im April fuhr sie nach Köln, und es war Anfang Mai, als sie wiederkam.“

„Om.“

Der Detektiv sah auf die Uhr und stand dann auf.

„Sie entschuldigen mich wohl jetzt, Herr Kommerzienrat. Ich muß eilen, daß ich fortkomme. Für morgen bleibt's also bei unserer Verabredung, nicht wahr?“

„Natürlich, Herr Wallner! Ich erwarte Sie um acht Uhr hier!“

Sie waren währenddessen zur Tür geschritten. Im Begriff, hinauszugehen, wandte sich der Detektiv noch einmal um.

„Entjinnen Sie sich vielleicht noch, Herr Kommerzienrat, wann der erste Diebstahl bei Herrn Kommerzienrat Hermanns ausgeführt wurde?“

(Fortsetzung folgt.)

Dunkle Mächte.

13) Kriminal-Roman von Friedr. v. Zöllner.

Wiemanns Zeitungs-Verlag. Berlin W. 66. 1925.

„Om, Sie glauben also wirklich, auch von etwaigen Bekannten nicht entdeckt zu werden?“

„Ganz gewiß nicht.“

„Schön. — Noch eine Frage. Wäre es nicht doch besser, wenn wenigstens mein Freund, der Geheimrat, in das Geheimnis eingeweiht würde? Er könnte Ihnen doch bei der Abfassung des Diebes beihilflich sein, oder wenigstens ihm das Gelingen seines Vorhabens erschweren.“

„Gerade das wünsche ich gar nicht, Herr Kommerzienrat, ebenso wenig, wie ich beabsichtige, den etwaigen Dieb zu verhaften oder auch nur im geringsten zu stören. Der Diebstahl soll und muß vielmehr gelingen. Nur dann bin ich imstande, der Fährte, die ich aufgespürt habe, weiter zu folgen.“

„Der Diebstahl — muß —?“

„Ja, er muß ausgeführt werden. Die Familie des Geheimrates darf also unter keinen Umständen argwöhnisch sein, folglich ist es auch nötig, daß sie von meinem wahren Ich und der Absicht, die mich in ihr Haus geführt hat, nichts erfährt.“

Der Kommerzienrat schüttelte verständnislos den Kopf.

„Sie sind ein außergewöhnlicher Mensch, Herr Wallner.“

„Das scheint Ihnen nur so, Herr Kommerzienrat. Heute kann ich Ihnen meine Wünsche und Absichten noch nicht näher erklären; später aber werden Sie alles begreiflich finden. Außergewöhnliche Umstände verlangen eben auch eine außergewöhnliche Behandlung.“

„Gut denn. Wenn es Ihnen recht ist, werde ich Sie morgen als einen Geschäftsfreund einführen, dem ich besonders verpflichtet bin, und den ich deshalb nicht gut zu Hause lassen konnte. Ich will das schon so machen, daß es niemandem als ungewöhnlich auffallen soll.“

